

# Die DGS auf dem richtigen Weg?

Bericht vom 37. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie,  
6.-10. Oktober 2014 in Trier

Von Laila Schmitt

Der 37. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) in Trier stand im Zeichen von Krisen: von den Wirtschaftskrisen bis zur biographischen Krise. Er hatte also große Ähnlichkeit mit der deutschen Gegenwartsgesellschaft: Auch das gesellschaftliche Leben in Deutschland wird von Krisen entscheidend beeinflusst. Wir machen zum Beispiel die Finanzkrise, die Eurokrise und die Schuldenkrise durch. Im öffentlichen und privaten Gedächtnis ist auch der 11. September 2001 und die Einführung von Hartz IV im Jahr 2005 geblieben. Wilhelm Heitmeyer hat jahrelang die Deutschen in der Krise erforscht. Seine Ergebnisse veröffentlichte er in der Bücherreihe *Deutsche Zustände*. Darin liest man, dass die Deutschen sich von den ökonomischen wie den gesellschaftlichen Krisen bedroht fühlten und Desintegrationsängste bekommen hätten (Heitmeyer 2012: 33). Für mich ist eines der bedeutendsten Ergebnisse seiner Forschung, dass die Deutschen das Vertrauen in die Politik verloren und ein Gefühl der Machtlosigkeit haben (Heitmeyer 2012: 34). Nicht nur Heitmeyer sieht die Demokratieentleerung als Warnzeichen: „Noch ist aus der Wirtschaftskrise keine Krise des Sozialstaates und der Demokratie geworden, aber es fehlt nicht mehr viel dazu“ (Uellenberg-van Dawen 2010: 492).

Im Kongress-Programm konnte man von vielen Beiträgen lesen, in denen etwas ‚die Krise kriegt‘: das städtische Alltagsleben, die Eltern, die Gesundheitsversorgung, die Mitmenschlichkeit oder die New York City Subway. Die Liste der Krisen reicht von ‚A‘ (städtisches Alltagsleben) bis ‚W‘ (Wissen) und ließe sich noch beliebig bis ‚Z‘ verlängern. Das wäre aber Zeitverschwendug, weil ich auf dieser Liste Äpfel und Birnen zusammenzähle. Der Begriff ‚Krise‘ ist in der Öffentlichkeit und in der (Sozial-)Wissenschaft zum Alltag/zur Routine geworden. Aus meiner Sicht handelt es sich nicht bei allen Krisen um eine richtige Krise. Die richtigen Krisen werden ‚verrauscht‘: Manches ist nur leeres Gerede in den Medien oder von sich wichtigmachenden Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftlern. Je mehr soziale Phänomene als Krise begriffen werden, desto weniger kann man sich von einer Krise einen Begriff machen. Wenn man daran denkt, wo Krisen überall ausgerufen werden, ist Krise ein Etikett für alle möglichen sozialen Phänomene. Wie Martin Endreß sagt: Der Krisenbegriff ist „eigentlich unbrauchbar. Denn er sagt im Kern nichts weiter aus, als dass wir es mit einer Übergangssituation zu tun haben“ (Endreß in: Deutschlandfunk 9.10.2014).

In seiner Abendvorlesung hat Lutz Raphael nach den Gebrauchsweisen des Begriffs ‚Krise‘ in den aktuellen Geschichtswissenschaften gefragt. Die Inflation seines Gebrauchs hat dort zur Arbeit am Begriff Krise geführt. Eine Frucht dieser Arbeit ist der Resilienzbegriff. Der Begriff ‚Resilienz‘ wird seit einigen Jahren auch in der aktuellen sozialwissenschaftlichen Forschung benutzt. Als Resilienz sind in unserem Fach Phänomene und Prozesse der Widerständigkeit und der Widerstandsfähigkeit in unterschiedlichen Situationen definiert (vgl. Endreß/Maurer 2015: 7). Resilienz gilt als Antwort für alle Fragen: wirtschaftliche, politische und soziale Krisen. Angesichts der (auch) unpräzisen Definition hat die Ad-hoc-Gruppe *Armut und Resilienz in soziologischer Perspektive* erheblichen Bedarf für Begriffsdiskussionen gesehen.

In dem inflationären Gerede von Krise liegt aber durchaus auch die Stärke des Krisenbegriffs: Es macht ihn zu einem sehr gut geeigneten Kandidaten für ein Kongressthema. Begriffe sind dazu da, die Verständigung zu ermöglichen. Die Verständigung mit den Referentinnen und Referenten war auf den ersten Blick sehr leicht: Ein Großteil der über 700 Kongressbe-

träge in den Vorlesungen, Plena, Sektionen und Arbeitsgemeinschaften und Ad-hoc-Gruppen hat das Kongressthema aufgenommen (vgl. Endréß 2014: 8). Dass die soziologische Theoriebildung und empirische Analyse zum Krisenbegriff (und zu anderen Begriffen, die mit diesem in Zusammenhang stehen) noch nicht auf der Höhe der Zeit ist, ist nur ein weiteres Argument für das Kongressthema „Krisen der Routinen“. Auf den zweiten Blick sieht man, dass die Referentinnen und Referenten aneinander vorbeigeredet haben. Die Ursache dafür ist eine unpräzise Definition des jeweiligen Krisenbegriffs. Aus der Sicht des kritischen Rationalismus müssen Begriffe eine präzise Nominaldefinition haben. Das müssen sie umso mehr, je alltäglicher ihr Gebrauch ist. Unpräzise Definitionen öffnen normativen Argumenten Tür und Tor mit der Folge, dass logische Argumente verdrängt werden. Dennoch lohnt es sich, genauer hinzuhören und die richtigen Töne aus dem kakophonen Rausch zu filtern.

Ich komme beim ‚Rauschfiltern‘ notwendigerweise an Grenzen. Ich kann nur von den Kongressbeiträgen berichten, die ich gehört habe. Diese habe ich nach persönlichen Interessen unter über 700 Beiträgen ausgewählt. Das ist sprichwörtlich eine Qual der Wahl. Die Schwierigkeit, sich für einen von mehreren zur Wahl stehenden Beiträgen zu entscheiden, war beim Kongress in Trier aber (zum Glück) niedriger als beim Kongress in Bochum und Dortmund: Zentrale Veranstaltungen wie die Mittagsvorlesungen und die Abendveranstaltungen des Rahmenprogramms haben sich nicht überschnitten. Die Rechnung des Organisationsteams, dass diese Programmpunkte als Treffpunkte gelten, ist aufgegangen. Die Kongressteilnehmerinnen und Kongressteilnehmer kamen in sehr großer Zahl zu den Mittagsvorlesungen von Susanne Baer und Michèle Lamont, zur Abendvorlesung von Lutz Raphael, zur Abschlussvorlesung von Zygmunt Bauman und zum *KrisenFest*, dem zentralen Kongressfest. Für meinen Bericht habe ich zwei theoretische Beiträge ausgewählt, die mir helfen, die Welt zu verstehen.

## **Das Rauschfiltern**

Für Jens Beckert ist die „Zeitordnung“ des Kapitalismus ein Schlüssel zum Verständnis wirtschaftlicher Krisen. Der Kapitalismus hat, so argumentiert er mit Pierre Bourdieu (1979) und Reinhart Koselleck (2004), im Vergleich zu traditionalen Wirtschaftsordnungen eine offene und unvorhersehbare Zukunft, die für die Akteure Vor- und Nachteile hat. Sie steht für unbegrenzte wirtschaftliche Handlungsmöglichkeiten wie auch eine ununterbrochene Bedrohung für den wirtschaftlichen Status der Akteure. Die zeitliche Ordnung des Kapitalismus bringt die Akteure in die schwierige Situation, dass sie ihre Handlungen auf ungewisse zukünftige Zustände der Welt ausrichten müssen. Die Akteure haben keine Sicherheit, dass eine Entscheidung für eine Handlungsalternative eine bestimmte Handlungskonsequenz hat. Ihnen bleibt nichts anderes übrig als „fiktionale Erwartungen“ (Beckert 2014 a) hinsichtlich der Ergebnisse von Entscheidungen unter Ungewissheit zu bilden. Darunter versteht Beckert „Projektionen zukünftiger Zustände der Welt und der kausalen Mechanismen, die zu diesen Zuständen führen sollen“ (Beckert 2014 b: 42). Diese Projektionen würden es den Akteuren ermöglichen, so zu handeln, „als ob sie die Zukunft vorhersehen könnten“ (Beckert 2014 b: 43).

Beckert (2014 a) macht auf ein konzeptionsbedingtes Problem der Rational-Choice-Theorie (RCT) aufmerksam, das mit der Erwartungsbildung zu tun hat. Er kritisiert, dass Akteure keine Informationen über die Zukunft haben, die sie zur Erwartungsbildung bei einer Entscheidung unter Ungewissheit benutzen können. Als Lösung für dieses Problem hat er das Konzept der fiktionalen Erwartungen erarbeitet. Im Plenum hat Beckert das Konzept der fiktionalen Erwartungsbildung nicht als eine Kritik der Nutzentheorie unter Unsicherheit referiert. Er hat damit in meinen Augen seine Chance auf eine Diskussion seines im März 2014 veröffentlichten Diskussionspapiers verpasst.

Akteure in der Krise waren auch für Uwe Schimank im gleichnamigen Plenum am Donnerstag ein Thema. Schimank hat sich mit der Frage beschäftigt, wie irritierte Mittelschichten biographische Entscheidungen treffen. Für ihn hat die höhere Schwierigkeit von Entscheidungssituationen in den letzten 20 Jahren die Akteure in der Mittelschicht stark verunsichert. Schimank beschreibt, ähnlich wie Beckert, dass die betreffenden Akteure in Ungewissheit sind, wie sie handeln sollen. Schimank stellt die Vermutung zur Diskussion, dass die Irritationen bewirkt haben könnten, dass Akteure nur noch sub-inkrementalistisch handeln. Er stellt auf dem Kongress das „Coping“-Konzept dar: Coping als sub-inkrementalistische Praktik begrenzter Rationalität beschreibt Handlungen wie ‚Zielabstinenz‘, ‚Abwarten‘, ‚Im-Spiel-bleiben‘, ‚Improvisation‘ und ‚Mal sehen!‘ (Schimank 2014).

Beckert und Schimank setzen sich beide dafür ein, dass man mit einer mikrofundierte Theorie arbeiten muss, wenn man Krisen erklären will. Im Vergleich zu Beckert geht Schimank offener damit um, dass seine theoretischen Behauptungen erst noch empirisch geprüft werden müssen: „Bevor [...] Diagnosen und Kritiken in die Welt gesetzt werden, steht erst noch eine gründliche empirische Prüfung der [...] Behauptungen über den Planungsimperativ, die Irritationen und das Coping der Mittelschichten an“ (Schimank 2014: 31).

Über die Wissenschaftstheorie unseres Fachs hat man auf dem Kongress in Trier, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht offen gesprochen. Weder hat man die eigene Position zur Diskussion gestellt, noch ist ein ‚Methodenstreit‘ zwischen den Vertreterinnen und Vertretern des kritischen Rationalismus und den Vertreterinnen und Vertretern anderer Positionen entbrannt. Das hat auf der Oberfläche den Eindruck gemacht, als ob der Streit geschlichtet worden wäre. Ich mache jede Wette, dass er das nicht ist. Die Stille hat auf mich eher den Eindruck gemacht, als ob die streitenden Parteien im Streit auseinandergegangen sind.

Eine Ausnahme auf dem Trierer Kongress war die Ad-hoc-Gruppe *Kausalität im Sozialen*, in der Rainer Greshoff die Frage, warum die Erforschung von Kausalität im Sozialen wichtig ist, beantwortet und Helmut Staubmann zur Paradigmenabhängigkeit der Frage der sozialen Kausalität referiert hat. Gert Albert hat in derselben Gruppe als Lösung für ein methodisches Problem der deduktiv-nomologischen Erklärung (dem universalen Anspruch) eine kontrafaktische Konzeption der Kausalität präsentiert (vgl. Albert 2012). Statt von theoretischen Gesetzmäßigkeiten sollte man lieber von ‚invarianten Generalisierungen‘ sprechen, die nur innerhalb eines bestimmten Bereichs ‚invariant‘ sind, d.h. bei veränderten Randbedingungen unverändert bleiben.

Einen sehr guten Vortrag über die Grundlagen unseres Faches hat auch Clemens Albrecht gehalten. In der Sektion Kultursoziologie hat er über die Geschichte der Deutschen Gesellschaft für Soziologie von 1956 bis 1964 gesprochen. Albrecht ist der Meinung, dass der Zeitraum zwischen 1956 und 1964 richtungweisend dafür war, „dass wir keine ‚ordentliche‘ Disziplin ausgebildet haben“ (Albrecht 2014: 2). In ihm zeichnete sich (das erste Mal auf dem 13. Soziologentag 1956 in Bad Meinberg) ein Graben zwischen der theoretischen und empirischen Richtung des Faches ab. Auf dem 13. Soziologentag kam Helmuth Plessner auch das ersten Mal das Wort ‚Polyphonie‘ über die Lippen. Das wurde von René König zum Anlass genommen, eine Grundbegriffsdiskussion anzufachen. Aus diesem Streit um die richtige Soziologie ist weder König noch Talcott Parsons oder Theodor W. Adorno als Sieger hervorgegangen. Albrecht spricht in diesem Zusammenhang darüber, dass aus Plessners Polyphonie eine Kakophonie wurde und niemand mehr „disziplinimperiale Ansprüche“ (Albrecht 2014: 8) erhebt. Diese historische Entwicklung bewertet Albrecht mit ‚gut‘: Ein plurales Fach habe immer ein paar latente Erkenntnisse auf Lager.

Mein Eindruck vom Kongress ist, dass er nicht so plural war, wie wir als Fach sind. Die DGS schreibt über sich selbst, dass es ihr Ziel ist, „die wissenschaftliche Kommunikation der

Mitglieder zu fördern und an der Verbreitung und Vertiefung soziologische Kenntnisse mitzuwirken“ (DGS 2015). Dieses Ziel hat sie auf dem Kongress verfehlt: Die Mitglieder reden nicht mehr miteinander.

## **Die DGS auf dem falschen Weg**

Ich habe auf dem Kongress sehr wenige Anhängerinnen und Anhänger der RCT oder der quantitativen Methoden der empirischen Sozialforschung gesehen. Armin Nassehi hat nicht bekommen, was er am 08. November 2012 im SozBlog von der DGS wollte: mehr Einseitigkeit. Seine Begründung ist, dass auf dem 36. Kongress in Bochum und Dortmund keine Grundbegriffskonflikte mehr ausgetragen würden. Die DGS habe ihre Komplexität nicht mit Konflikten bearbeitet. Ihre Differenzierung folge eher dem Schema Segmentierung als dem Schema Integration durch Begriffskonflikt (vgl. SozBlog 2012). Auch auf ihrem 37. Kongress in Trier hat die DGS Konflikte vermieden. Es war still auf dem Kongress.

Die Stille wurde „nur“ von der Initiative *Für gute Arbeit in der Wissenschaft* gebrochen. Diese überreichte auf dem Kongress einen offenen Brief vom 19.8.2014 an den Vorstand der DGS. Mit diesem fordern die Initiatorinnen und Initiatoren die Wissenschaftspolitik und auch die Hochschulen und außeruniversitären Forschungsinstitute auf, mehr für die Herstellung guter Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten an den Hochschulen und Forschungsinstituten in Deutschland zu tun. Die 2.751 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner wünschen sich von der DGS eine dauerhafte und gesicherte Repräsentanz von Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern im Konzil und im Vorstand der DGS. Darüber hinaus wird in dem Brief der DGS die Erweiterung des Ethikkodexes vorgeschlagen: „Ethische Standards sind bisher vor allem für die soziologische Forschung und Praxis formuliert worden. Doch gute Wissenschaft ist nicht zuletzt ein Resultat guter Arbeitsbedingungen“ (Initiative *Für gute Arbeit in der Wissenschaft* 2014). In der Sonderveranstaltung *Nachwuchs in der Krise* haben Promovierte, Promovierende, Habilitandinnen und Habilitanden, Emigrierte und Gewerkschaftsvertreterinnen und Gewerkschaftsvertreter im Rahmen des Kongresses eine Diskussion über arbeitsethische Standards geführt.

Ich hätte mir von der DGS gewünscht, dass sie auf dem Kongress zu mehr Diskussionen einlädt. Die Kongresse der Deutschen Gesellschaft für Soziologie sollten ein offenes Diskussionsforum für alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sein, die in Deutschland Soziologie machen. Mein Wunsch wäre, dass die Organisatorinnen und Organisatoren des Kongresses/der Vorlesungen, Plena, Sektionen und Arbeitsgemeinschaften und Ad-hoc-Gruppen zur Einreichung von ‘Papers’ aller Paradigmen einladen und so einen bunten Kongress durchführen. Auf diesem Weg könnte die DGS auf dem Kongress 2016 in Bamberg zum Ziel kommen.

## **Literatur**

- Albert, Gert (2012): Der methodologische Atomismus des einheitswissenschaftlichen Programms – und eine Alternative, in: Zeitschrift für Theoretische Soziologie 1, S. 61-76.
- Albrecht, Clemens (2014): Ortsbestimmungen der deutschen Soziologen: Schelsky – Plessner – Adorno – König und die Richtungskämpfe in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 1956-1964, Koblenz (Manuskript).
- Beckert, Jens (2014 a): Capitalist Dynamics. Fictional Expectations and the Openness of the Future, MPIfG Discussion Paper 14, Köln.
- Beckert, Jens (2014 b): Fiktionale Erwartungen und kapitalistische Dynamik, in: Abstractband des 37. Kongresses der deutschen Gesellschaft für Soziologie, S. 42-43.

Blog der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (SozBlog) (8.11.2012): Mehr Einseitigkeit, bitte!, Beitrag von Armin Nassehi, abrufbar unter: <http://soziologie.de/blog/2012/11/mehr-einseitigkeit-bitte/>, letztes Abrufdatum: 15.2.2015.

Bourdieu, Pierre (1979): Algeria 1960, Cambridge.

Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) (2014): Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS), abrufbar unter: <http://www.soziologie.de/de/die-dgs/ueber-die-dgs.html>, letztes Abrufdatum: 13.2.2015.

Deutschlandfunk (9.10.2014): Der Begriff Krise ist eigentlich unbrauchbar, Bericht von Peter Leusch, abrufbar unter: [http://www.deutschlandfunk.de/soziologiekongress-der-begriff-krise-ist-eigentlich-1148.de.html?dram:article\\_id=299913](http://www.deutschlandfunk.de/soziologiekongress-der-begriff-krise-ist-eigentlich-1148.de.html?dram:article_id=299913), letztes Abrufdatum: 9.2.2015.

Endreß, Martin (2014): Vorwort des Sprechers des Organisationskomitees, in: Hauptprogramm des 37. Kongresses der deutschen Gesellschaft für Soziologie, S. 8-9.

Endreß, Martin / Andrea Maurer (2014): Einleitung, in: Dies. (Hrsg.), Resilienz im Sozialen. Theoretische und empirische Analysen, Wiesbaden, S. 7-11.

Heitmeyer, Wilhelm (2012): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entsicherten Jahrzehnt, in: Ders. (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 10, Berlin, S. 15-41.

Initiative Für gute Arbeit in der Wissenschaft (18.8.2014): Für gute Arbeit in der Wissenschaft – offener Brief an die Deutsche Gesellschaft für Soziologie, abrufbar unter: <https://www.openpetition.de/petition/online/fuer-gute-arbeit-in-der-wissenschaft>, letztes Abrufdatum: 13.2.2015.

Koselleck, Reinhart (2004): Futures Past. On the Semantics of Historical Time, New York / NY.

Schimank, Uwe (2014): Lebensplanung?! Biographische Entscheidungspraktiken irritierter Mittelschichten, Bremen (Manuskript).

Uellenberg-van Dawen, Wolfgang (2010): Die Krisenreaktion der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft, WSI-Mitteilungen 09, S. 490-492.

Laila Schmitt  
Ludwig-Maximilians-Universität München  
Institut für Soziologie  
Konradstraße 6  
80801 München  
[laila.schmitt@soziologie.uni-muenchen.de](mailto:laila.schmitt@soziologie.uni-muenchen.de)